

Fraktion BSW/Küpper

Rede zum Haushalt 2025/2026

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landesdirektor,

auch wenn wir die kleinste Fraktion in diesem kommunalen Parlament sind, werden wir uns kritisch aber konstruktiv in die politische Meinungsbildung in diesem Parlament einmischen.

Geprägt sind diese HH-Beratungen von aus unserer Sicht schwierigen Rahmenbedingungen nicht zuletzt durch erhebliche Kostensteigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe, die zu zahlreichen Konsolidierungsmaßnahmen verleiten.

Ein zentraler Punkt in der Haushaltsplanung ist die Eingliederungshilfe, deren Kosten weiterhin rapide steigen. Mit über 3,5 Milliarden Euro machen diese Leistungen den größten Anteil der Sozialausgaben aus. Dies spiegelt eine wachsende Fallzahl und gestiegene Fallkosten wider, die auf tarifliche Entwicklungen und zunehmende Bedarfe zurückzuführen sind. Dennoch bleibt die Finanzierung dieser zentralen sozialen Aufgabe seitens des Landes NRW unzureichend. Der Verweis auf die nicht vorhandene Beteiligung des Landes außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs zeigt eine Schiefelage, die so nicht hinnehmbar ist. Wir fordern, dass der LWL deutlicher auf eine stärkere Unterstützung durch das Land drängt, um die finanzielle Belastung der Kommunen zu mindern.

Auch wenn die zahlreichen Konsolidierungsmaßnahmen das Ziel haben, die Belastungen der Mitgliedskörperschaften zu begrenzen, muss dennoch oberste Priorität sein, dass der LWL seine Aufgaben vollumfänglich erfüllen kann und es zu keinen Nachteilen bei Angestellten und Betroffenen führt.

Zum Beispiel die Erhöhungen der Eintrittspreise in den LWL-Museen um durchschnittlich 20 Prozent, die Erhöhung der Elternbeiträge für das Schulmittagessen in den LWL-Förderschulen oder auch Reduzierung von Trägeranteilen lehnen wir ab.

Ein weiterer Aspekt, der unserer Fraktion Sorge bereitet, ist die Personalpolitik. Mit einem geplanten Stellenaufbau von nur 2,3 % pro Jahr wird der Fachkräftemangel in den Einrichtungen des LWL nicht angemessen bekämpft. Es reicht nicht, neue Planstellen anteilig zu budgetieren und bestehende Stellen

„zeitlich zu strecken“. Stattdessen müssen wir den LWL als attraktiven Arbeitgeber positionieren, der den Bedürfnissen seiner Mitarbeitenden gerecht wird und neue Talente anzieht. Gerade in Zeiten von Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sollten wir offensiv für bessere Arbeitsbedingungen eintreten, um die hohe Fluktuation zu stoppen und langfristig Kosten zu senken.

Die Digitalisierung ist ein weiterer wichtiger Punkt in der Haushaltsplanung. Die vorgestellte „Digitalvorlage 3.0“ zeigt zwar Potenziale zur Effizienzsteigerung, allerdings fehlen klare Aussagen zur Finanzierung und Umsetzung. Automatisierung und KI können Prozesse beschleunigen, dürfen jedoch nicht zu einem Personalabbau führen, der die Qualität der Leistungen gefährdet. Stattdessen sollten digitale Maßnahmen die Mitarbeitenden entlasten und Freiräume für individuelle Betreuung schaffen.

Zusammenfassend fordert unsere Fraktion:

1. Eine klare Positionierung des LWL gegenüber dem Land NRW zur besseren Finanzierung der Sozialleistungen.
2. Den Schutz und Ausbau inklusiver Projekte, statt deren Finanzierung zu gefährden.
3. Eine ambitionierte Personalpolitik, die nicht nur den Status quo verwaltet, sondern proaktiv auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels reagiert.
4. Eine nachhaltige Digitalisierung, die als Unterstützung für die Mitarbeitenden dient und nicht als bloßes Mittel zur Kostenreduktion.

Die Menschen in Westfalen-Lippe haben einen Landschaftsverband verdient, der mutig voranschreitet und nicht an kurzfristigen Einsparungen Interesse hat, sondern langfristige Lösungen für die sozialen und finanziellen Herausforderungen findet. Dafür werden wir uns mit Nachdruck einsetzen.

Redebeitrag Roland Koslowski.

Erhöhung der im Haushaltsplanentwurfs für die Jahre 2025/26 vorgesehenen Umlagesätze um je einen Prozentpunkt.

Der Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2025/26 sieht für das Jahr 2025 einen Umlagesatz in Höhe von 18,10 Prozent vor, für das Folgejahr von 18,75 %. Beide Sätze liegen aktuell unterhalb der Inflationsrate. Tarifsteigerungen führen zu einer weiteren Inanspruchnahme der Ausgleichsrückgabe. Erfahrungsgemäß werden die Mitgliedskommunen dennoch dem Umlagesatz widersprechen und den LWL auffordern, weiterhin den Haushalt des LWL zu "konsolidieren", d. h. Standards abzubauen und die Verschuldung (Ausgleichsrücklage) zu erhöhen. Der LWL ist allerdings ohnehin nur noch beding wirtschaftlich handlungsfähig, der Haushalt nur noch in der Struktur ausgeglichen. Wir beantragen, nicht nur als Gegenfinanzierung unserer Anträge "Partizipation und Demokratie fördern" und "Jugendhof Vlotho" den im Entwurf vorgesehenen Umlagesatz um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Es ist auch ein Signal an die Gebietskörperschaften, das der LWL wie alle Mitglieder der kommunalen Familie ohne die Unterstützung durch die Landes- und Bundesebene in eine massive Haushaltsschieflage gerät. Unsere Anträge sind dabei natürlich nicht mehr als ein Tropfen im Haushaltsmeer des Landschaftsverbandes. Bei diesem Antrag geht es daher zunächst auch um den Erhalt der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit des LWL. Natürlich wissen wir, dieses eine Prozent ist nicht die Lösung der Verschuldung, aber ein konstruktiver Ansatz, ein Signal an die gesamte kommunale Familie, aber auch an Land und Bund.

Jugendhof Vlotho - Rücknahme der Entscheidung zur Bezuschussung, Rücknahme der geplanten Anpassung der Teilnahmeentgelte für das Haushaltsjahr 2025

Auf die in der Beschlussvorlage 15/2510 genannte Anhebung der Teilnahmeentgelte in Höhe von 29 % wird verzichtet. Die Bezuschussung des Jugendhofes Vlotho wird um 50.000,00 €/p.a. erhöht.

Wenn die Beschlüsse der Beschlussvorlage 15/2510 tatsächlich umgesetzt werden, ist zu befürchten, dass die Einnahmen des Jugendhofes nicht steigen, sondern massiv einbrechen. Vorstellbar ist für uns allenfalls eine moderate Anhebung der Gebühren im einstelligen Prozentbereich.

Verdoppelung der Finanzmittel für das Programm "Partizipation und Demokratie fördern"

Die Mittel für das Programm "Partizipation und Demokratie fördern" werden gegenüber dem Haushaltsplan 2024 auf insgesamt 102.200,00 € verdoppelt. Begründung Aktuell wurden von 24 förderungsfähigen Anträgen lediglich 11 auch finanziell unterstützt. Damit liegt die Quote unterhalb von 50 %. Das ist für uns inakzeptabel, spiegelt zugleich aber die Notwendigkeit der Verdoppelung der Förderungssumme. Es zeigt aber auch die Bereitschaft vor Ort, derartige Programme umzusetzen. Mit Blick auf die Wahlergebnisse der Europawahl, die Wahlentscheidungen in den drei östlichen Bundesländern und insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr, halten wir es für zwingend erforderlich, der Rechtsentwicklung der Gesellschaft etwas entgegen zu setzen.

Vielen Dank

Wir lehnen den Haushalt ab.

Selda Izci Marion Küpper Roland Koslowski

Münster, der 17. Dezember 2024